

LOKAL DEMOKRATIE IN BIELEFELD

Drucksachen-Nr.

1022/2020-2025

Datum:

18.03.2021

An den Oberbürgermeister

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	18.03.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

TOP 6: Covid 19 - Pandemieentwicklung in Bielefeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zum oben genannten Tagesordnungspunkt stelle ich folgenden **Antrag**:

Transparenz der Entscheidungen

Der Oberbürgermeister der Stadt wird alle Ratsmitglieder regelmäßig und zeitnah per Newsletter/Infobrief und noch vor Gesprächen mit der Presse über seine Entscheidungen im Rahmen der Corona-Pandemie informieren.

In diesen Informationen wird insbesondere aufgeführt:

- Welche konkreten Kriterien liegen den getroffenen Entscheidungen zu Grunde?
- Welche konkreten Kriterien werden voraussichtlich zukünftig welchen Entscheidungen zu Grunde liegen?
- Mit welchen Fachleuten aus welchen Fachbereichen berät sich der Oberbürgermeister vor den Entscheidungen?

Wenn es zeitlich möglich ist, werden Entscheidungen bezüglich von „Lockerungen“ oder „Öffnungen“, die abweichend von Landes- oder Bundesebene erfolgen („Ausnahmegenehmigungen“) zur Abstimmung im Stadtrat vorgelegt.

Des Weiteren werden regelmäßig öffentliche Hintergrundinformationen zu Entscheidungen des Oberbürgermeisters auf der Homepage der Stadt Bielefeld in verschiedenen Fremdsprachen und leichter Sprache veröffentlicht.

Begründung:

Die Bewältigung der Corona-Pandemie ist für die gesamte Gesellschaft eine der größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Wir befinden uns an einem gefährlichen Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung. Aktuell sind alle unzufrieden: Diejenigen, die die Gefahr des Corona-Virus als gering einstufen und leider aktuell auch diejenigen, die gesundheitlichen Schutz für sich verlangen und sich nicht mehr ernst genommen fühlen.

Umso wichtiger ist es, dass die handelnden Personen, die Entscheidungen treffen, ihre Entscheidungen nachvollziehbar begründen. Die Corona-Krise ist auch eine Krise, die im hohen Maß mit den Themen „Kommunikation“ und „Vertrauen“ verknüpft ist. Entscheidungen müssen nicht von allen geteilt werden, sie müssen aber nachvollziehbar sein.

Der Oberbürgermeister hat Kraft seines Amtes einige Befugnisse, die nicht durch den Rat oder die Ausschüsse beeinträchtigt werden können. In diesem Zusammenhang wurden von ihm auch Entscheidungen getroffen, die inhaltlich für viele nicht nachvollziehbar sind.

Auf der Basis von welchen konkreten Kriterien hat der Oberbürgermeister eine Ausnahmegenehmigung für das Öffnen der Einzelhandelsgeschäfte beantragt? Welche Kriterien hat er im Abwägungsprozess als unwichtig eingestuft? Und für die nahe Zukunft: Auf Basis von welchen konkreten Kriterien werden die „Lockerungen“ wieder zurückgenommen?

Die aktuellen Aussagen des Oberbürgermeisters zu den Öffnungen lauten „Die Menschen erwarten eine Verlässlichkeit der Entscheidungen: Kein heute so, morgen so, aber auch kein weiter so. Deshalb mein Appell an alle, die am Samstag Lust auf Shoppen haben: Halten Sie sich an die Regeln. Nur wenn alle Verantwortung übernehmen, müssen wiedergewonnene Freiheiten nicht wieder zurückgenommen werden.“. Und darüber hinaus sprach er im Radio Bielefeld-Interview am Mittwoch von der Öffnung der Außenrestaurants zu Ostern.

Unstrittig sollte sein, dass die Wörter und Worte und die daraus folgenden Handlungen auf konkreten Kriterien fußen und diese kommuniziert werden müssen. Der Eindruck von willkürlichen Entscheidungen darf nicht entstehen.

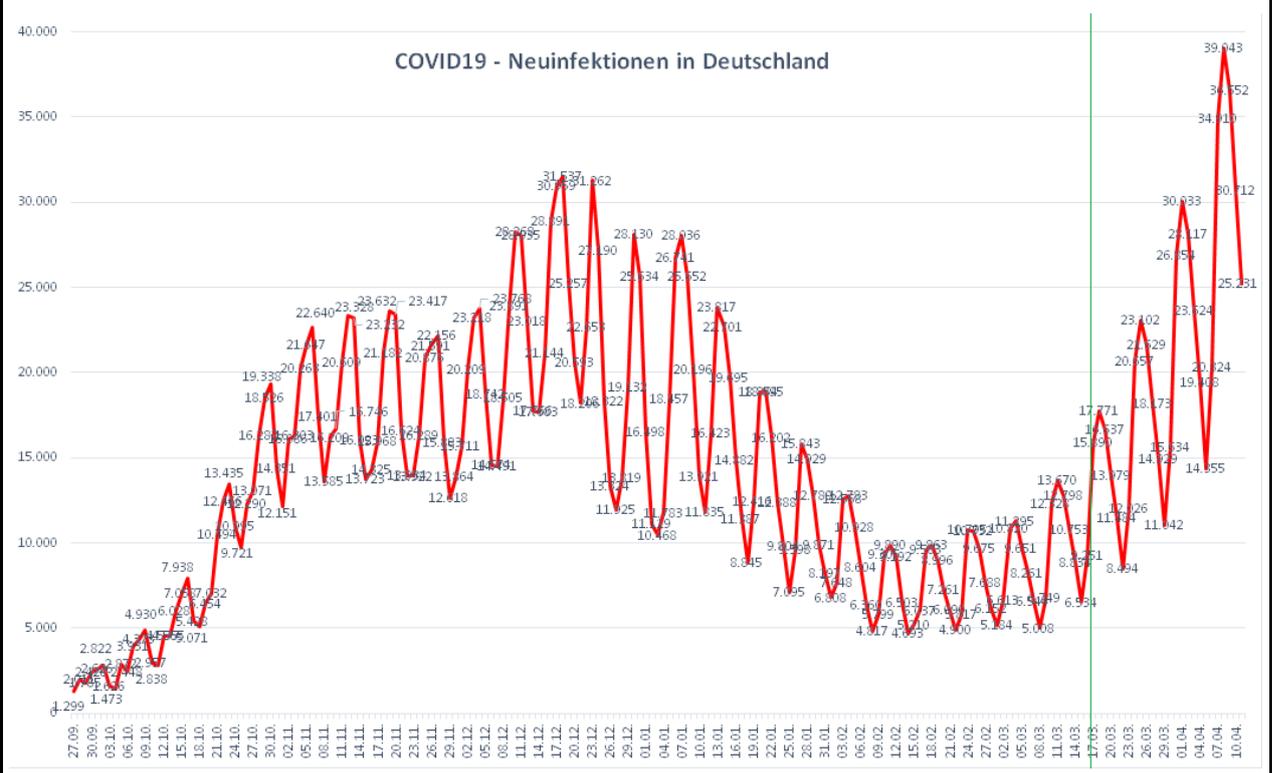
Für politische Entscheidungen im Rahmen der Corona-Pandemie gibt es viele Parameter und Kriterien, die abgewogen werden müssen: 7-Tages-Inzidenz-Wert, R-Wert, Hospitalisierungsrate, Mortalitätsrate, Positivestraten, Anzahl der Tests, Stand der Impfungen, demographische Daten und so weiter. Hinzu kommen noch Zuständigkeiten der unterschiedlichen Ebenen (Bund, Land, Kommunen, etc.).

Weitere Kriterien und Parameter, die politisch (nicht medizinisch) in die Entscheidungsfindung eingebunden werden müssen sind zum Beispiel die wirtschaftliche Lage einzelner Branchen, die psychosoziale Gesundheit einzelner Bevölkerungsgruppen (zum Beispiel Schüler*innen, Alte, Arme etc.).

Politische Entscheidungen sind weitergehend, als ausschließlich medizinische Entscheidungen. Das muss kommuniziert werden.

Vom medizinischen Standpunkt (Epidemiologie, Virologie, Intensivmedizin, etc.) aus, wurde von den meisten Wissenschaftler*innen eine Verschärfung des Lockdowns bereits Mitte Februar aufgrund der vorliegenden Daten (siehe oben) dringend empfohlen. Nahezu sämtliche Projektionen und Modelle sagten auf Basis der seinerzeit vorliegenden Daten bereits Ende Januar / Anfang Februar eine hohe Wahrscheinlichkeit für das aktuelle Geschehen, das heißt eine dritte Welle, voraus.

Eine aktuelles Rechenmodell vom 17.03.2021 sieht folgende bundesweite Entwicklung vor: Bei einer Zunahme von 30% zum Vorwochentag erreichen wir in zwei Wochen rund 30.000 Corona-Neuinfektionen pro Tag, in drei Wochen rund 40.000.



Wenn politisch Entscheidungen getroffen werden, die die strenge virologisch-medizinische Argumentation und Empfehlung verlassen, was in der Gesamtabwägung absolut in Ordnung sein kann, dann sollten dafür die Gründe und Kriterien genannt werden.

Die Bevölkerung muss hier deutlich besser „mitgenommen“ werden, die gewählten Mandatsträger*innen müssen besser informiert und eingebunden werden. Ziel sollte mindestens das Verstehen sein, bevorzugt das Verständnis.

Die Pandemie wird uns noch viele Monate beschäftigen. Planungssicherheit heißt im Rahmen der Pandemie nicht, dass wir wissen, wie die konkrete Situation in zwei Monaten aussieht. Planungssicherheit und Verlässlichkeit heißt, dass die Entscheidungen zu jedem Zeitpunkt nachvollziehbar und somit verständlich sind – ohne, dass man sie zwingend befürworten muss.

Unterschrift:

gez. Michael Gugat